

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

18. WP - 78. Sitzung

am Mittwoch, dem 28. September 2016, 10 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christopher Vogt (FDP)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Johannes Callsen (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Katrin Fedrowitz (SPD)

Tobias von Pein (SPD)

Kai-Oliver Vogel (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uli König (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

Vorsitzender

i. V. v. Hartmut Hamerich

Weitere Abgeordnete

Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Ministers für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie zu „Expertise zur Mobilität in Schleswig-Holstein“	7
Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 18/6616	
2. a) Keine Zentralisierung der Erlaubnis- und Genehmigungsbehörde für Großraum- und Schwerverkehre	11
Antrag der Fraktionen von FDP und CDU Drucksache 18/3408 (neu) (überwiesen am 16. Oktober 2015)	
b) Sachstandsbericht zur Zentralisierung der Erlaubnis- und Genehmigungsbehörde für Großraum- und Schwerlastverkehre	
Antrag der Fraktion der CDU Umdruck 18/6604	
3. Investorenklagen verhindern, demokratisches Selbstbestimmungsrecht bewahren - Transatlantisches Freihandelsabkommen CETA stoppen	14
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/4299 (neu) (überwiesen am 20. Juli 2016 an den Europausschuss und den Wirtschaftsausschuss)	
4. Keine Einführung einer Maut für Sportboote	15
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/4399 (überwiesen am 23. September 2016)	

5. a) E-Mobilität - Konzept als Grundlage von Wirtschaftsförderung und Standortmarketing **16**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/4261](#)

Echte Technologieförderung statt Symbolpolitik bei E-Mobilität

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/4311](#)

(überwiesen am 22. Juli 2016 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

b) Echte Technologieförderung statt Symbolpolitik bei der E-Mobilität

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/4468](#)

(überwiesen am 23. September 2016 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

6. Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung des Mittelstandes in Schleswig-Holstein **17**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/3191](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/6602](#)

(überwiesen am 16. Juli 2015 an den **Wirtschaftsausschuss** und an den Bildungsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/5044](#), [18/5080](#), [18/5126](#), [18/5127](#), [18/5128](#), [18/5129](#),
[18/5133](#), [18/5134](#), [18/5135](#), [18/5136](#), [18/5137](#), [18/5138](#),
[18/5139](#), [18/5140](#), [18/5141](#), [18/5147](#), [18/5154](#), [18/5317](#),
[18/5320](#), [18/5421](#), [18/5810](#), [18/6072](#)

7. Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Sanierung von Kreisstraßen in Schleswig-Holstein **18**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/4486](#)

(überwiesen am 23. September 2016)

8. a) Brückensperrungen an Verkehrsteilnehmer übermitteln - Verkehrsströme via TMC optimieren **19**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/4372](#)

b) Schleswig-Holsteinische Mobilitätsinformationen frei nutzbar machen

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/4387](#)

(überwiesen am 20. Juli 2016)

9. Für eine zukunftssichere Altersversorgung **22**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/4217](#)

(überwiesen am 9. Juni 2016 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Sozialausschuss)

10. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein **23**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/4607](#)

(überwiesen am 23. September 2016 an den **Finanzausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

11. Verschiedenes **23**

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die in der Einladung ausgewiesenen Tagesordnungspunkte

- **Bürgerbusse in Schleswig-Holstein verlässlich fördern - Verkehrliche Grundversorgung in der Fläche gewährleisten**
Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/2623](#)
- **a) Planung der A 20 fortführen - Landesbetrieb personell und sächlich aufstocken**
Antrag der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/4076](#)
- **b) Finanzierung des A-20-Tunnels vollständig aus Bundesmitteln sicherstellen**
Antrag der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/4398](#)
- **c) Den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr für die Zukunft gut aufstellen**
Bericht der Landesregierung, [Drucksache 18/4403](#)
- **ÖPNV mit zusätzlichen Regionalisierungsmitteln im ländlichen Raum stärken**
Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/3636](#)
- **Konzept zur Sicherung und Stärkung der Mobilität im ländlichen Raum**
Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/3937](#)
- **a) S 21 zügig realisieren**
Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/2930](#)
- **b) Die Elektrifizierung zur S21 berücksichtigt Perspektiven für die AKN**
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/3020](#) - selbstständig -

werden mehrheitlich von der Tagesordnung abgesetzt. Im Weiteren wird die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht des Ministers für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie zu
„Expertise zur Mobilität in Schleswig-Holstein“**

Antrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/6616](#)

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, begrüßt Herrn Dr. Nägele, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit und Technologie, und kritisiert, dass Verkehrsminister Meyer es nicht habe einrichten können, zur heutigen Sitzung des Ausschusses zu kommen.

Staatssekretär Dr. Nägele bittet die Abwesenheit von Minister Meyer zu entschuldigen, die sich insbesondere durch die kurzfristige Vorlage des Berichtsantrages erkläre. Der Minister besuche derzeit die Fachmesse WindEnergy in Hamburg. Er werde die nächste Gelegenheit nutzen, an einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses teilzunehmen.

Staatssekretär Dr. Nägele berichtet, 2013 sei entschieden worden, ein externes Mobilitätsgutachten in Auftrag zu geben, wie es nun vorliege ([Umdruck 18/6646](#)). Das Vorhaben sei in die Landesentwicklungsstrategie und Digitalisierungsagenda eingebettet. Die Landesregierung sei mit dem Ergebnis zufrieden. Der Vorwurf, man arbeite vier Jahre in eine Richtung und wechsele nun die Richtung, gehe fehl. Es sei jedoch wichtig zu betonen, dass es sich bei dem Gutachten nicht um ein Konzept handle, welches sich die Landesregierung zu eigen mache. Vielmehr sei es ein durch Wissenschaftler erarbeitetes Konzept, das der Politik Handlungsvorschläge unterbreite, die diese zur weiteren Formulierung von Politikinhalten heranziehen könne. Er sei guter Dinge, dass man mit dem Wirtschaftsausschuss über diese Fragen auch in Zukunft einen fruchtbaren Dialog führen werde. Konkret unterbreite das Gutachten 15 Handlungsempfehlungen auf den drei Themenfeldern Integrierte und vernetzte Mobilität, innovative und umweltfreundliche Verkehrsträger sowie Bedarfsgerechte und wirtschaftsfördernde Mobilitätsanlässe.

Staatssekretär Dr. Nägele weist darauf hin, dass das Ministerium nicht in der Lage sei, ein derartiges Gutachten im eigenen Haus erstellen zu lassen. Im Ministerium finde die Projektsteuerung statt, jedoch gebe es nicht für jede Frage die entsprechende detaillierte Fachkompetenz. Der Auftrag an die Firma Ramboll zur Erstellung des Gutachtens sei nach einem Vergabeverfahren ergangen und habe einen Umfang von 90.000 € Ziehe man hiervon die abzufüh-

rende Umsatzsteuer ab, so entspreche dies ungefähr dem Umfang einer Stelle im höheren Dienst für ein Jahr.

Abg. Vogel zeigt sich verwundert über die presseöffentlichen Einlassungen einiger Fraktionen. Es habe einen Termin im Wirtschaftsministerium gegeben, der auch Abgeordneten der Opposition offengestanden habe, bei dem mit Vertretern von Ramboll über die Eckdaten des Gutachtens und besondere Untersuchungsbedarfe gesprochen worden sei. Im Gutachten sei man diesen Anregungen auch nachgekommen. - Staatssekretär Dr. Nägele präzisiert, das Ministerium habe zu diesem Thema zweimal die verkehrspolitischen Sprecher der Fraktionen eingeladen. Zusätzlich habe es eine Einladung zur Auftaktkonferenz am 27. Januar 2016 gegeben. Dort seien Abgeordnete der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PIRATEN anwesend gewesen. Er bedauere, dass aufgrund eines Fehlers im E-Mail-Verteiler Abg. Vogt keine Einladung erhalten habe.

Abg. Vogel weist darauf hin, dass sich die SPD-Fraktion das Gutachten nicht zu eigen mache. Es liefere aber eine gute Grundlage für die Entwicklung eigener Politikvorstellungen.

Abg. Vogt zeigt sich verwundert über den Zeitpunkt der Veröffentlichung des Gutachtens. Er teile die Auffassung des Staatssekretärs, dass es sinnvoll sei, für derartige Gutachtenbedarfe externe Gutachter zu bestellen. Er finde jedoch merkwürdig, wenn ein solches Gutachten wenige Monate vor einer Landtagswahl vorgelegt werde und dann Teile von den regierungstragenden Parteien für die Formulierung von Wahlprogrammen aufgegriffen würden.

Abg. Dr. Tietze stellt klar, dass seine Partei bei der Entwicklung ihres Wahlprogramms nicht auf das Gutachten zurückgreifen werde. Das Gutachten beinhalte allerdings zahlreiche wichtige Hinweise, derer sich die Politik annehmen solle, zum Beispiel das Problem schlechter kreisübergreifender Busverbindungen.

Abg. Vogel weist darauf hin, dass sich die die Regierung tragenden Fraktionen seiner Auffassung nach auch zum Ende einer Wahlperiode hin über grundlegende und über die Wahlperiode zeitlich hinausreichende Weichenstellungen Gedanken machen dürften. So gebe es im Gutachten beispielsweise zum Thema „Bike and ride“ vernünftige Ansätze. Jede politische Kraft müsse jedoch selbst entscheiden, was sie daraus in welcher Form für ihre eigenen Programme übernehme.

Abg. Arp führt aus, dass in wenigen Wochen die Parteien damit begannen, ihre Programme für die Landtagswahl aufzustellen. Wenn Abg. Vogel in einem Presseinterview eine Verbin-

dung zur Aufstellung des SPD-Wahlprogramms herstelle, entstehe zumindest ein schlechter Eindruck.

Abg. Matthiessen unterstreicht, dass das Gutachten allen Parteien zur Formulierung eigener Politikinhalt offenstehe.

Auf eine Frage des Abg. König antwortet Staatssekretär Dr. Nägele, bis zum Jahr 2030 sei eine flächendeckende Breitbandversorgung in Schleswig-Holstein beabsichtigt.

Eine weitere Frage des Abg. König zur Offline-Verfügbarkeit von Apps im Mobilitätsbereich beantwortet Staatssekretär Dr. Nägele mit dem Hinweis, dass derartige Detailfragen über den Begutachtungsauftrag hinausgingen. Die Frage würde daher das Gutachten in ein falsches Licht rücken. - Abg. König entgegnet, dass das Gutachten an anderer Stelle durchaus sehr in Details gehe, sodass es nicht übertrieben erscheine, auch das Thema der Offline-Zugänglichkeit zu thematisieren. - Abg. Waldinger-Thiering ergänzt, dass ihres Wissens 2017 die Roaming-Gebühren in der Europäischen Union weitgehend abgeschafft würden, sodass sich das Problem nicht mehr in der Tragweite stelle.

Abg. König hebt hervor, dass der Bereich des Logistik- und Güterverkehrs im Gutachten weitgehend ausgespart werde. - Staatssekretär Dr. Nägele führt hierzu aus, dass es 2017 einen Begutachtungsauftrag für diesen Bereich geben werde. Ergebnisse würden nicht vor der Landtagswahl vorliegen.

Auf eine weitere Frage des Abg. König erläutert Staatssekretär Dr. Nägele, der derzeitige Nahverkehrsplan für das Land Schleswig-Holstein gelte bis Ende 2017. Für den dann folgenden fünften Nahverkehrsplan werde es in der zweiten Jahreshälfte 2017 erste Dokumente geben. In den Prozess werde dann auch der Wirtschaftsausschuss mit einbezogen.

Zum Mehrwert des Gutachtens erläutert Staatssekretär Dr. Nägele, dieses habe beispielsweise offengelegt, dass lediglich 15 % der Verkehre in Schleswig-Holstein Fahrten von oder zur Arbeit seien. 40 % aller Fahrten seien Freizeitverkehre, in diese Zahl seien noch nicht einmal Urlaubsfahrten mit eingerechnet. Das sei eine wichtige Tatsache, die dem Ministerium ohne das Gutachten verborgen geblieben wäre.

Auf zwei Fragen des Abg. Dr. Breyer zu Mobilitätsmanagern wie zur Fahrradmitnahme in Zügen antwortet Staatssekretär Dr. Nägele, dass es sich um spannende Detailfragen handle. Durch die Vorlage des Gutachtens habe sich die Position der Landesregierung hierzu jedoch nicht geändert.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Keine Zentralisierung der Erlaubnis- und Genehmigungsbehörde für Großraum- und Schwerverkehre

Antrag der Fraktionen von FDP und CDU

[Drucksache 18/3408](#) (neu)

(überwiesen am 16. Oktober 2015)

b) Sachstandsbericht zur Zentralisierung der Erlaubnis- und Genehmigungsbehörde für Großraum- und Schwerlastverkehre

Antrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/6604](#)

Abg. Vogt und Abg. Callsen merken eingangs kritisch an, dass Minister Meyer ebenfalls zu diesem Tagesordnungspunkt nicht anwesend ist.

Abg. Vogt zeigt sich irritiert darüber, dass beim Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV) bereits vor Abschluss des parlamentarischen Verfahrens mehrere Stellen ausgeschrieben worden seien. - Abg. Callsen ergänzt, im Amtsblatt seien vor wenigen Wochen sechs Stellen ausgeschrieben worden. Die Vereinbarung im Ausschuss habe gelautet, in dieser Frage keine präjudizierende Weichenstellung vorzunehmen. Er empfinde das Vorgehen als unangemessen und frage, wo im Haushalt die neuen Stellen vorgesehen seien.

Staatssekretär Dr. Nägele bestätigt, dass Minister Meyer im Ausschuss garantiert habe, dass es in dieser Frage keine Entscheidung vor Abschluss des parlamentarischen Verfahrens geben werde. Die Ausschreibung von Stellen sei allerdings im Kern eine Entscheidung im exekutiven Bereich, die mit dem Ziel erfolgt sei, bei einem etwaigen Inkrafttreten zum Jahreswechsel 2016/2017 einen reibungslosen Start einer zentralisierten Erlaubnis- und Genehmigungsbehörde zu ermöglichen. Es seien jedoch aus dieser Ausschreibung bislang keine rechtskräftigen Verbindlichkeiten erwachsen. Die Stellen seien im Haushalt bereits beim LBV vorhanden.

Er erneuert die Aussage, dass es keine Entscheidung in dieser Frage geben werde, bevor das parlamentarische Verfahren abgeschlossen sei. Gleichzeitig sei allerdings klar, dass nach Abschluss des parlamentarischen Verfahrens das Ministerium gegebenenfalls schnell werde han-

deln müssen. Schon jetzt sei eine Umsetzung zum 1. Januar 2017 nicht mehr realistisch, sondern eher ein Start zum 1. Juli 2017.

Das zwischenzeitlich vorliegende Gutachten ([Umdruck 18/6610](#)) bestätige im Wesentlichen die Position der Landesregierung, so Staatssekretär Dr. Nägele. Es sei aus Sicht der Landesregierung nicht sinnvoll, ein differenziertes System mehrerer Ansprechpartner für die Erteilung entsprechender Genehmigungen zu etablieren. Auch der Landesrechnungshof habe die Zentralisierung angeregt.

Abg. Callsen vertritt die Auffassung, die Ausschreibung von Stellen im Amtsblatt berühre durchaus das parlamentarische Verfahren. Im Stellenplan des LBV seien derzeit alle Stellen besetzt, sodass das parlamentarische Haushaltsgesetzgebungsrecht berührt sei. Falls es dennoch tatsächlich freie Stellen beim LBV gebe, so rege er an, diese der Planungsabteilung des LBV zuzuschlagen.

Abg. Arp äußert die Überzeugung, die Landesregierung werde nur aufgrund der Kritik des Landesrechnungshofs aktiv. Es sei jedoch angebracht, dass sich die Regierungsmehrheit mit denjenigen unterhalte, die tagtäglich mit den zur Diskussion stehenden Regelungen arbeiten müssten, insbesondere mit den Unternehmern im Lande.

Abg. Vogt weist darauf hin, dass Anhörungen im Ausschuss, wie sie zu dieser Frage durchgeführt worden seien, ihrer Sinnhaftigkeit beraubt würden, wenn die Regierung nicht einmal auf skeptische Töne der Koalitionsfraktionen Rücksicht nehme. Seiner Erinnerung nach sei die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von der geplanten Zentralisierung nicht überzeugt.

Abg. König spricht sich für eine Zentralisierung aus. Die rechtliche Lage sei mit der beim Datenschutz vergleichbar, wo sich Firmen den für sie günstigsten Standort aussuchten, um einer umfassenden Regulierung zu entgehen.

Staatssekretär Dr. Nägele wiederholt, die Stellen beim LBV seien deswegen bereits ausgeschrieben worden, um die dem Ausschuss gegebene Garantie einhalten zu können, gegebenenfalls bereits zum 1. Januar 2017 zu starten. Vor Abschluss des parlamentarischen Verfahrens werde es keinesfalls eine haushaltswirksame Entscheidung geben. Ein Gesprächsangebot an den Landrat des Kreises Dithmarschen, Herrn Dr. Klimant, sei unbeantwortet geblieben. Der Landrat habe das Angebot des Ministeriums, zur Erhaltung der Fachkompetenz Mitarbeiter des Kreises neu zu schaffenden Genehmigungsstelle beim LBV zu versetzen, abgelehnt. Die Prüfung durch das Ministerium habe ergeben, dass die Zentralisierung wichtig sei, um einen guten Service zu bieten.

Auf eine Frage des Abg. Callsen berichtet Staatssekretär Dr. Nägele, es habe 47 Bewerbungen gegeben. Bewerbungsgespräche seien bislang nicht durchgeführt worden, der Auswahlprozess werde dann beginnen, wenn das Parlament entschieden habe.

Abg. Vogel kündigt an, dass sich die Regierungskoalition in dieser Frage entscheiden werde. Er mahnt, auf die Diskussion um die Anwesenheit des Verkehrsministers im Ausschuss zurückkommend, den Vorwurf mangelnden Respektes des Ministers gegenüber Parlament und Ausschuss vorsichtig zu gebrauchen. Die Anwesenheit des Wirtschaftsministers bei Veranstaltungen wie der heutigen Messe in Hamburg könne sehr hilfreich sein für die Förderung der Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Er frage die CDU, ob ihrer Auffassung nach die Anwesenheit des Ministers in Hamburg heute verzichtbar gewesen wäre.

Abg. von Pein stimmt Abg. Vogel zu. Es sei bereits absehbar gewesen, dass es in dieser Frage eine Entscheidung des Landtags geben werde. Der Vorwurf der Missachtung des Parlaments sei daher ungerechtfertigt. Alle politischen Kräfte sollten gemeinsam daran arbeiten, den anstehenden Übergang konstruktiv zu begleiten.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, [Drucksache 18/3408](#) (neu), abzulehnen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Investorenklagen verhindern, demokratisches Selbstbestimmungsrecht
bewahren - Transatlantisches Freihandelsabkommen CETA stoppen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/4299](#) (neu)

(überwiesen am 20. Juli 2016 an den **Europaausschuss** und den Wirtschafts-
ausschuss)

Abg. Dr. Breyer weist darauf hin, dass auf europäischer Ebene bereits im Oktober über CETA entschieden werden sollte.

Der Ausschuss schließt sich zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/4299](#) (neu), einstimmig dem Votum des federführenden Europaausschusses an.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Keine Einführung einer Maut für Sportboote

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/4399](#)

(überwiesen am 23. September 2016)

Abt. Vogt führt aus, er bitte um einen Bericht zum Sachstand, weil der Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Herr Ferlemann, gegenüber der Presse geäußert habe, die geplante Maut sei vom Tisch.

Staatssekretär Dr. Nägele weist darauf hin, dass in der Tat die Bundesländer Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern am stärksten von der zur Diskussion stehenden Neuregelung auf Bundesebene betroffen seien, weil in diesen Bundesländern eine hohe Zahl von Schleusen vorhanden sei. In Schleswig-Holstein betreffe die Neuregelung nur die Eider, weil die Schleusen anderer Wasserstraßen primär der Berufsschifffahrt vorbehalten seien. Die Äußerung des Staatssekretärs Ferlemann liege auch ihm nur in der Form des veröffentlichten Interviews vor, es habe hierzu keinen weiteren Schriftwechsel gegeben. Sein Ministerium sehe die Pläne mit Sorge, weil sie eine Zweiklassengesellschaft der Wasserstraßen etablierten. Das Thema werde bei der nächsten Verkehrsministerkonferenz angesprochen. Die geschlossene Position der Bundesländer sei, eine Sportbootmaut abzulehnen.

Abg. Dr. Tietze und Abg. König sprechen sich für den Antrag der Fraktion der FDP aus.

Abg. Arp weist darauf hin, dass es sich um ein immer wiederkehrendes Thema handele, was darin begründet liege, dass der Betrieb von Schleusen teuer sei.

Staatssekretär Dr. Nägele merkt an, dass der Bund für eine gesetzliche Neuregelung auf diesem Feld die Zustimmung des Bundesrates und somit der Länder benötige.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion der FDP, [Drucksache 18/4399](#), anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

a) E-Mobilität - Konzept als Grundlage von Wirtschaftsförderung und Standortmarketing

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/4261](#)

Echte Technologieförderung statt Symbolpolitik bei E-Mobilität

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/4311](#)

(überwiesen am 22. Juli 2016 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

b) Echte Technologieförderung statt Symbolpolitik bei der E-Mobilität

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/4468](#)

(überwiesen am 23. September 2016 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Der Ausschuss bittet den Umwelt- und Agrarausschuss, ihn zur geplanten mündlichen Anhörung am 2. November 2016 nachrichtlich einzuladen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung des Mittelstandes in Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/3191](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/6602](#)

(überwiesen am 16. Juli 2015 an den **Wirtschaftsausschuss** und an den Bildungsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/5044, 18/5080, 18/5126, 18/5127, 18/5128, 18/5129, 18/5133, 18/5134, 18/5135, 18/5136, 18/5137, 18/5138, 18/5139, 18/5140, 18/5141, 18/5147, 18/5154, 18/5317, 18/5320, 18/5421, 18/5810, 18/6072](#)

Abg. Callsen führt aus, der Änderungsantrag seiner Fraktion, [Umdruck 18/6602](#), nehme Anregungen aus schriftlicher wie mündlicher Anhörung auf. Dem Gesetzentwurf seien die Förderung von Teilzeitausbildungen, die Integration von Migranten, der Einbezug von Küstenstreifen in moderate touristische Nutzungen sowie der Einbezug des ÖPNV in eine Tarifregelung hinzugefügt worden.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP lehnt der Ausschuss den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/6602](#), ab.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP die Ablehnung des Gesetzentwurfes der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/3191](#).

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Sanierung von Kreisstraßen in Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/4486](#)

(überwiesen am 23. September 2016)

Abg. Callsen regt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung an.

Abg. Vogel stimmt dem zu, weist aber darauf hin, dass der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU im Widerspruch zum Koalitionsvertrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW stehe, der bis zur Wahl Gültigkeit habe.

Abg. Dr. Tietze merkt an, dass die Verwendung der Entflechtungsmittel vom Bund nicht vorgegeben sei. Es handele sich um eine politisch zu entscheidende Frage.

Abg. Callsen ist der Ansicht, es solle Einigkeit darüber bestehen, die Bundesmittel für die Sanierung von Kreisstraßen einzusetzen. Seine Fraktion sei allerdings bereit, nach der Anhörung einen Kompromiss zu finden.

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. Die Anzuhörenden sollen gegenüber der Geschäftsführung bis zum 7. Oktober 2016 benannt werden. Die Frist für Stellungnahmen ist der 11. November 2016, sodass ein Wiederanruf im Ausschuss in der Sitzung am 23. November 2016 möglich ist.

Punkt 8 der Tagesordnung:

a) Brückensperrungen an Verkehrsteilnehmer übermitteln - Verkehrsströme via TMC optimieren

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/4372](#)

b) Schleswig-Holsteinische Mobilitätsinformationen frei nutzbar machen

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/4387](#)

(überwiesen am 20. Juli 2016)

Einleitend dankt Abg. König für die konstruktive Debatte über die Anträge im Plenum. Er frage die Regierung, wie derzeit Stauinformationen übertragen würden, ob ein Einsatz des TMC-Nachfolgesystems TPEG angedacht sei und ob es weitere Kanäle zur Übertragung von Stauinformationen gebe.

Staatssekretär Dr. Nägele berichtet, der LBV betreibe eine Baustellen-App, die auch offline funktioniere. Weiterhin gebe es für die Baumaßnahmen auf der A 7 eine separate App.

Herr Schlimbach, Mitarbeiter im Lagezentrum des Landespolizeiamtes, berichtet, dem System liege eine sogenannte Location Code List zugrunde, die aus technischen Gründen auf 65.000 Codes begrenzt sei. Von diesen seien bereits 53.000 vergeben. Es sei nur einmal im Jahr in einem komplizierten Verfahren möglich, die Vergabe neuer Codes bei der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) zu beantragen. Aus diesem Grunde könne nicht jede Baumaßnahme und Straßensperrung eingetragen werden. Außerdem umfassten die Codes jeweils einen größeren geografischen Bereich beziehungsweise Streckenabschnitt einer Straße, sodass die Verkehrsstörungen in der Darstellung im Navigationsgerät größer erschienen, als sie in Wirklichkeit seien. Diese Begrenzungen des Systems seien bedauerlich, aber nach derzeitigem Stand und Auskunft des BASt sei eine Änderung in den nächsten zehn Jahren nicht zu erwarten.

Auf Nachfragen des Abg. König erläutert Staatssekretär Nägele, das Übertragungssystem TPEG werde derzeit von der BASt nicht unterstützt und es gebe auch keine entsprechenden Pläne, sodass Schleswig-Holstein keine Möglichkeit zum Einsatz dieses Systems habe. Da der

Ausbau der A 7 durch einen anderen Träger geschehe, gebe es eine separate App. Jedoch würden die Daten dieser A-7-App auch in die Baustellen-App des LBV übernommen. Für das Land wäre es sehr aufwendig sicherzustellen, dass die vom Land angebotenen Stauinformationen auch tatsächlich in allen Navigationsgeräten verfügbar seien. Er sei ferner überzeugt, dass die rasche technische Entwicklung dieses Problem in Kürze obsolet mache. Bereits heute wisse beispielsweise Google über die übermittelten Standortdaten der Android-Geräte schneller über die Stausituation Bescheid als der LBV.

Grundsätzlich würden keine Straßen ohne Baumaßnahmen gesperrt, so Staatssekretär Dr. Nägele weiter. Die von Abg. König genannte Possehl-Brücke in Lübeck, deren Sperrung nicht in Navigationssystemen vermerkt sei, sei keine Landes- oder Bundesstraße, sodass ihre Sperrung nicht in den Zuständigkeitsbereich des LBV falle und daher auch nicht in der Baustellen-App vermerkt sei.

Abg. König vertritt die Ansicht, TPEG müsse auch ohne Unterstützung durch die BASt in Schleswig-Holstein eingesetzt werden können. Der Bericht des Staatssekretärs sei seiner Ansicht nach ein Armutszeugnis. Minister Meyer habe in der Plenardebatte geäußert, dass sich mit TPEG die derzeit unbefriedigende Situation deutlich verbessern werde. Dass Google besser Bescheid wisse als der LBV, liege auch darin begründet, dass das Land die Daten nicht zur Verfügung stelle.

Staatssekretär Dr. Nägele verwehrt sich gegen die Äußerung des Abg. König. Die Weitergabe der Staudaten an den NDR laufe seit Langem reibungslos. Das Land stelle die Daten für Navigationssystemanbieter auf der Webseite strassen-sh.de zur Verfügung.

Abg. Vogel legt dar, die PIRATEN hätten ein wichtiges Thema angesprochen. Wer mit einem Navigationssystem im Land unterwegs sei, stehe immer wieder vor gesperrten Streckenabschnitten, die dem Navigationssystem unbekannt seien. Die Zielsetzung des Piratenantrages, [Drucksache 18/4372](#), sei somit unterstützen. Jedoch seien die konkreten Vorschläge der PIRATEN für seine Fraktion nicht tragbar. - Abg. König bietet an, einen überarbeiteten Antrag vorzulegen. - Abg. Vogel entgegnet, seine Fraktion werde den vorliegenden Antrag heute ablehnen. Dies schließe jedoch nicht Verhandlungen über einen neuen Kompromissantrag aus.

Staatssekretär Dr. Nägele tritt dem Eindruck entgegen, es handele sich bei TMC um ein Auslaufmodell. Dies sei keineswegs der Fall.

Abg. Vogel weist darauf hin, dass die im Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/4387](#), genannten Verträge nicht vom Land Schleswig-Holstein, sondern von Kreisen und Kommunen abgeschlossen würden. Insofern erscheine ihm auch eine Anhörung zu diesem Antrag nicht sinnvoll.

Abg. König verweist auf die Bestimmungen des Informationszugangsgesetzes (IZG). Die Frage sei, ob es nicht angebracht wäre, dies in eine aktive Bring-Pflicht umzuwandeln. Das Land habe durchaus die Möglichkeit, über die Ausgestaltung der Förderbedingungen Einfluss auf Kreise und Kommunen zu nehmen.

Abg. Dr. Breyer präzisiert, es gehe seiner Fraktion selbstverständlich um diejenigen Informationen, die das Land habe, beispielsweise für den Schienenverkehr. Hier sei das Land durchaus Vertragspartner.

Gegen die Stimme der PIRATEN beschließt der Ausschuss, keine schriftliche Anhörung zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/4387](#), durchzuführen.

Gegen die Stimme der PIRATEN mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW empfiehlt der Ausschuss sodann dem Landtag, den Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/4387](#), abzulehnen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der PIRATEN bei Enthaltung der FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag ebenfalls, den Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/4372](#), abzulehnen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Für eine zukunftssichere Altersversorgung

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/4217](#)

(überwiesen am 9. Juni 2016 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Sozialausschuss)

Abg. Dr. Tietze gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass dem FDP-Antrag, der die Bundespolitik berühre, ein wortgleicher Parteibeschluss der FDP zugrunde liege. - Abg. Vogt entgegnet, dies sei keineswegs ungewöhnlich und sei in der Vergangenheit bei anderen Themen auch von anderen Parteien so gehandhabt worden. - Abg. Arp teilt diese Auffassung.

Staatssekretär Dr. Nägele weist darauf hin, dass die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Frau Nahles, im November ein umfassendes Rentenkonzept vorlegen werde.

Vorbehaltlich der Empfehlung des mitberatenden Sozialausschusses beschließt der Ausschuss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Als Frist für Stellungnahmen wird der 31. Dezember 2016 festgelegt.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/4607](#)

(überwiesen am 23. September 2016 an den **Finanzausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss schließt sich einstimmig dem Votum des federführenden Finanzausschusses an.

Zu Tagesordnungspunkt 11, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Thomas Wagner

Geschäfts- und Protokollführer